

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 69 (1975)
Heft: 1

Artikel: Ein amerikanischer Kapitalist kritisiert die kapitalistischen USA
Autor: Lamb, Edward
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142428>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Macht mit den Schwarzen durchzusetzen. Sollte es zwischen dem weißen Kapitalismus und dem schwarzen Sozialismus im südlichen Afrika zum Krieg kommen, so würde das nicht nur zu unerhörten Massakern führen, sondern dann könnte auch Moçambique sein Projekt eines humanen Sozialismus nicht verwirklichen — denn der Krieg frißt das, was dem Volk zusteht und erzeugt erneut Haß und Diktatur.

Trotz der explosiven Situation konnten wir mit Hilfe unserer Freunde zahlreiche, meist von Schwarzen und Weißen besuchte Zusammenkünfte durchführen: an der Universität, im Afrikanischen Klub, ein sehr in die Tiefe gehendes Seminar mit dem Klerus und Ordensschwestern der Stadt über die Frage ihres Engagements in der neuen Gesellschaft und der Umgestaltung der Kirche. Am Ende unseres Aufenthaltes hielten wir auch hier einen **Schulungskurs in gewaltfreier Aktion** ab mit Anwendung auf die Probleme der Angst und der Gerüchtemacherei, des Rassismus in den Schulen, des rassistisch begründeten Mißtrauens in den Betrieben, der Universität, die unabhängig sein, aber im Dienste des Volkes stehen will und der geteilten und in Krise befindlichen Kirche. Auch hier wird eine Kerngruppe die Vertiefung und Entfaltung der Gewaltfreiheit als Kraft der Konfliktbewältigung weiterführen und engagierten Gruppen in der Stadt zur Seite stehen. — Wir hatten hervorragende Kontakte mit schwarzen Christen, die in der **Frelimo** engagiert sind (größtenteils Protestanten). Doch sie, wie viele andere, sind voneinander isoliert, zerstreut und daher oft entmutigt. Die Hauptursache dieser Situation liegt in der **Krise der Kirche von Lourenço Marques und des gesamten Moçambique**.

(Fortsetzung und Schluß folgen.)

Ein amerikanischer Kapitalist kritisiert die kapitalistischen USA

In einem Vortrag im «Center for the Study of Democratic Institutions» in Santa Barbara, Kalifornien, unterzog **Mr. Edward Lamb**, Industrieller und Bankier aus Ohio, das Amerika des neuen Präsidenten einer eingehenden Analyse. Mr. Lamb fragt sich, was die Stellung der kapitalistischen USA in einer Welt sein wird, die die Gesellschaftssysteme kritisch betrachtet und ihre Vor- und Nachteile abwägt. Die Zeitschrift der amerikanischen Episkopal-Kirche, **The Churchman**, faßt Lambs Rede in ihrer Ausgabe vom November 1974 zusammen. — Red.

«Nach allgemeinem Urteil ist Inflation einem Mangel an Waren und Dienstleistungen zuzuschreiben, oder, etwas anders ausgedrückt, sie kommt zustande, wenn zu viel Geld einem zu knappen Warenangebot gegenüber steht. Was ist gegen Inflation zu tun? Soll man einfach die Produktivität steigern? Geschäftskreise, die Arbeiterschaft wie die

Regierung — sie alle haben Vorschläge zur Überwindung bei der Hand. Die Arbeiterschaft verlangt Schutz gegen ausländische Konkurrenz. Die Geschäftswelt legt eine ganze Musterkarte von Anti-Inflationsmitteln vor: Schutzzölle, höhere Steuerabzüge aufgrund der Erschöpfung der Ressourcen (Öl) oder der Abnutzung industrieller Anlagen, Anlage-Kredite oder andere Steuerkonzessionen. Unsere Regierung schließlich mag während der letzten paar Jahre von Gaunern oder Clowns durchsetzt gewesen sein, die für Dollars leicht ansprechbar waren, aber sie ist eben doch unsere Regierung und als solche sollte sie uns allen dienen.

Diese drei Gruppen unserer Bevölkerung erklären übereinstimmend, wir sollten «unser Budget ins Gleichgewicht bringen». Wir wissen jedoch nur zu gut, daß dies **unter heutigen Umständen** einfach Unsinn ist. Jedermann gibt zu, daß Steuern bezahlt werden sollten — aber nur von den andern. In der Politik ist ständig die Rede von einer Erhöhung der Dienstleistungen, während die Regierungstätigkeit verbilligt werden sollte. Manche Industrielle finden, die Sozialdienste könnten noch mehr gekürzt werden. «Aber», erklären sie, «Hände weg von den Institutionen zur Kriegführung (war-making establishment), auch Verteidigungs-Ministerien genannt. Während sich unsere Wirtschaftslage verschlechtert, wird die Heuchelei dieser Doppelzüngigkeit immer offener. Und warum sollten die Leute nicht den Glauben an eine Regierung verlieren, die sich weigert, zu regieren, die nicht bereit ist, sich auf die Wirklichkeit einzustellen, oder die Maßnahmen zu ergreifen, die unsere Wirtschaft in Ordnung halten. Jedermann möchte, daß die chaotischen, inflationären Umstände ein Ende nehmen. Wenn die Regierung unsere Wirtschaft nicht kontrollieren und dirigieren (manage) will, wer soll es dann besorgen? Vielleicht «General Electric» oder «General Motors»? Ist es der «freie Markt» (Market Place), auf welchem Millionen arbeitslos, die kleinen Betriebe ruiniert werden und nur die großen Monopole, die riesigen multinationalen Korporationen überleben? Es ist dies eine Frage, die amerikanische Bürger und ihre (parlamentarischen) Vertreter wirklich gut überlegen sollten.

Moralpredigten des Präsidenten oder freiwillige Lohn- und Preiskontrollen werden weder die Inflation hemmen noch die Rezession verhindern. Warum sollten sich die Gewerkschaften freiwillig an Lohnlimiten halten, während andererseits strikte Preiskontrollen fehlen?

Wir tragen schwer an dem Umstand, daß es von den Launen eines Einzelnen abhängt, ob und wie unsere Nation aus diesem Dilemma herauskommt. Wir wir als Volk unsere entscheidenden Entschlüsse fassen, sollte nicht davon abhängen, ob der Präsident ein netter Typ, ein scheinheiliger Versager (smooth phoney) oder einfach ein Gauner ist. Wenn wir seine Lebensgeschichte etwas ansehen, werden

wir entdecken, daß Präsident Fords wirtschaftliche Ansichten, und das Protokoll seiner Stimmabgaben im Kongreß, ihn sogar rechts vom anti-
quierten und konservativen Präsidenten William McKinley (1843-1901)
plazieren. Im März 1974 erklärte Ford: «Ich werde meine im Grund
konservativen Wirtschafts- und Steuerprinzipien nicht ändern —; Lohn-
und Preiskontrollen gehören meines Erachtens weg. Ich glaube, die prä-
sidentiellen (d. h. Nixons) Maßnahmen (gegen die Inflation) sind das
Beste, was unter gegenwärtigen Umständen getan werden kann.» Nach
dem Interview, das er (März 1974) der Zeitschrift «Fortune» gewährte,
ist Ford der Auffassung, «daß bei freiem Spiel der wirtschaftlichen
Kräfte, steigende Preise, die Produktion anheizen, und erhöhte Produk-
tion die Mangelsituation beheben und die Preise senken werden. Der
Präsident täte gut daran, sich zu erinnern, wie leicht eine Mangellage
durch Öl oder Lebensmittel verarbeitende Konzerne oder durch die
Giganten der Fabrikationsbetriebe geschaffen werden kann.

Der gegenwärtige Präsident ist zwar Liebling beim Pentagon, mit
seinem phantastischen Ausgabenprogramm. Dagegen hat er, wie sich
aus dem Jahre umfassenden Verzeichnis seiner Stimmabgaben nach-
weisen läßt, konsequent gegen Krankheits-Versicherung, gegen Gesetze
zur Sicherung der Bürgerrechte, gegen Unterrichtsgesetze auf USA-
Bundesebene, wie gegen fortschrittliche Baugesetze gestimmt. Sicher
muß jeder Amerikaner, der einigermaßen im Bild ist, hoffen, daß er
seine Vorurteile (hang-ups) aufgibt. Kleine Betriebe zum Beispiel
würden sich ermutigt fühlen, wenn der Präsident scharfe Anti-Trust-
Verfahren gegen gewisse Riesen-Korporationen einleiten wollte. Aber
sein Festhalten an alten Parteilinien und konservativen Neigungen läßt
nicht viel Hoffnung übrig, daß er entscheidende Maßnahmen gegen un-
eingeschränktes Profitieren einbringen oder, im Gegensatz dazu, fort-
schrittliche Sozialprogramme vorschlagen wird.

Wir haben uns zu keiner Zeit unserer Geschichte einer solchen
Situation gegenüber befunden. Westliche kapitalistische Länder haben
sich in Depressionen früherer Jahre kaum je durch **stabile, sozialistische
Länder herausgefordert gesehen**. Wir müssen auch anerkennen, daß die
neuen sozialistischen Nationen nicht so schwer betroffen werden durch
Inflation oder Deflation, Konjunktur oder Krise. Es ist gut, wenn wir
uns erinnern, daß heute mehr als 40 Prozent der Erdbevölkerung so-
zialistische Regierungen haben, wie auch, daß viele dieser Nationen
mächtige unangebrochene Bodenschätze besitzen. Dies zu einem Zeit-
punkt, da kapitalistische Industrieländer ihre Ressourcen rapide ab-
nehmen sehen. Wenn wir uns mit dieser neuen Situation vertraut ma-
chen, müssen wir uns ebenfalls darüber klar werden, daß sich daraus
ein neues wirtschaftliches Kräftespiel ergeben wird.

Aus verschiedenen Gründen bin ich der Auffassung, daß kommu-
nistische Länder Inflation oder Rezession nicht in einem Grade erleiden

werden, der dem unseren gleichkäme. Was immer sie produzieren, kommt zur Verteilung. Wir in den USA haben eine «freie Wirtschaft» gewählt, wenn es überhaupt so etwas gibt, und wir werden wahrscheinlich noch geraume Zeit daran festhalten. Aber wir müssen gestehen, daß in einer sogenannten Privatprofit-Wirtschaft Waren vom Markt ferngehalten werden, bis der Eigentümer einen Gewinn machen kann. Wenn ihm der Preis nicht genügt, werden Weizen und Kaffee oder Hähnchen eben verbrannt. Die Araber reduzieren ihre Ölproduktion, weil sie nicht wollen, daß der Preis fällt. Wo ist da die «freie Wirtschaft», wenn ein Monopol am Besitz von Rohmaterialien einfach den Preis verlangen kann, der dem Stand von Angebot und Nachfrage entspricht. In kapitalistischen Ländern haben wir «Hunger inmitten von Fülle» mitansehen können. In einer Plan-Gesellschaft werden Güter weiter produziert und kommen zum sofortigen Verbrauch. Sozialistische Länder sind es gewohnt, aufgrund eigener Anstrengung zu überleben —; sie sind, so lange sie bestehen, boykottiert worden. Wir boykottieren doch noch immer oder beschränken den Handel mit der Sowjetunion, mit der Volksrepublik China, mit Kuba und anderen Nationen, nur weil sie die «falsche» Art von Regierung haben.

Ein weiterer Grund, warum sozialistische Gesellschaften Inflation oder Depression nicht wie wir erleiden, liegt darin, daß sie keine umwechselbare* Währung haben. Infolge von internationalen, monetären Abkommen und Währungsmanipulationen machen die kapitalistischen Nationen die wildesten Stürme in ihrer Wirtschaft durch. Dieser Wettstreit um nationale Vorteile in der Bewertung von Währungen wird noch zunehmen, wenn jeder Staat immer verzweifelter seinen Status zu verbessern, oder sogar dem Bankrott zuvorzukommen sucht. Die kapitalistischen Länder kommen vielleicht zur Einsicht, daß wenige grundlegende wirtschaftliche Lösungen durch Währungsmanipulationen zu erreichen sind.

In der Folge dieser internationalen Geldschwierigkeiten sollten wir uns fragen, welches denn unsere hauptsächlichen «Feinde» oder Konkurrenten im kommenden Wettbewerb sein werden. Wir haben Milliarden über Milliarden ausgegeben, um uns gegenüber der Volksrepublik China und der Sowjetunion «nuklear stark» zu machen. Wenn aber der Kampf um nationales Überleben einmal entbrennt, glaubt jemand im Ernst, daß Frankreich, Japan, Italien oder andere kapitalistische Länder nicht ihre eigenen Abkommen mit den sozialistischen Ländern treffen werden, so wie sie sich letzthin mit den arabischen Staaten in der Angelegenheit des Öls zu verständigen suchten?

Was sollten wir unternehmen, um die Inflation unter Kontrolle zu bringen und dem tödlichen finanziellen Zusammenbruch (bust), der

* convertible

über uns kommen könnte, zuvorzukommen. **Möge unsere Regierung endlich regieren und scharfe Lohn- und Preis-Kontrollen zur Anwendung bringen.** Als nächstes sollten wir die Steuern erhöhen, so daß wir unseren Staatshaushalt in Ordnung bringen können. Dann müssen wir unproduktive Auslagen wie zum Beispiel für Raumforschung, ebenso wie für übertriebene Rüstung kürzen. Ferner sollten wir eher multi-laterale als uni-laterale Abkommen zur Lösung internationaler Streitfragen akzeptieren, handle es sich nun um den Nahen oder den Fernen Osten. Halten wir uns an die Internationalen Organisationen, wie die UN und benützen wir sie. Es ist keine Übertreibung, wenn gesagt wird, sie seien die letzte und beste Chance für die Menschheit.

Kehren wir schließlich zu einer Welt des Freihandels zurück. Wenn ich die amerikanischen Kanonenboote vor der kubanischen Küste sehe, die den Handel mit Amerika verhindern müssen — unter anderem den Ankauf von kubanischem Zucker — dann schaudert mich. Vor zwei Jahren, in New Orleans, verweigerten die USA einem Flugzeug voll Zucker-Technikern aus Kuba die Teilnahme an der Welt-Zucker-Konferenz. Aber jeder technische Bericht, jeder Katalog, jede Rede, die an der Konferenz gehalten wurde, erreichte Havana bevor die Techniker nach Kuba zurückgelangten. Es ist ganz einfach unmöglich, die Wissenschaft und Technologie hinter nationale Grenzen zu bannen.

Im August dieses Jahres (1974) wurde eine andere Gruppe von Kubanern von einer Weltkonferenz ausgesperrt — unter dem Vorwand, diese Konferenz sei «privat». So schließen wir uns selbst vom Welt-handel aus. Ich hoffe nur, meine amerikanischen Freunde werden bei ihrem nächsten Besuch in Kuba Geschäftsleute aus aller Welt begrüßen können. Sie werden dann selbst sehen, daß «Dollar-Diplomatie» in Süd-Amerika viel von ihrem Ansehen eingebüßt hat. Tatsache ist, daß Alliierte, mit denen wir Verträge haben, plötzlich nicht mehr da sind, wenn man verlangt, daß sie andere Nationen, ihres «falschen» Sozialsystems wegen, boykottieren sollen.

Amerika sieht sich einer echten Krise gegenüber. Tatsache ist, daß wir noch nie in unserer Geschichte erlebt haben, daß eine starke und robuste sozialistische Gesellschaft, die beinahe 2 Milliarden Menschen zählt und über gewaltige Ressourcen verfügt, sich nicht bloß um den Aufstieg zu einem besseren Leben bemüht, sondern zudem durchaus in der Lage ist, sich wirtschaftlich wie militärisch zu schützen. Millionen von Leuten, Völker die sich weder auf die eine noch auf die andere Seite verpflichtet haben, schauen zu und prüfen die möglichen Wirtschaftssysteme. Sie legen nicht den geringsten Wert auf ein «System des freien Unternehmertums», wenn es ihnen eine einigermaßen vernünftige Erwartung von Arbeit, Nahrung und Unterkunft vorenthält.

Die nächsten zwanzig Jahre werden sehr aufregende Konfrontationen für uns bereithalten. Die Menschheit anerkennt die gegenseitige

Abhängigkeit aller Völker. Mit etwas gesundem Menschenverstand können wir durch Vermittlung internationaler Organisationen zusammenarbeiten und so den konkurrierenden nationalen Einheiten ermöglichen, ihren Leuten zu dienen. Es ist an der Zeit, daß wir uns mit der Wirklichkeit auseinandersetzen.

Weltrundschau Zweites Halbjahr 1974

Krise — ihre neuen Aspekte

Alle reden inzwischen von der Krise, selbst die, für die es vor zwei Jahrzehnten, oder noch vor zwei Jahren, Zeichen kommunistischer Gesinnung war, wenn man, im Rausch des Wirtschaftswunders, ganz bescheiden darauf verwies, daß auch die längste und höchste Hochkonjunktur einmal zu Ende gehen würde. Jetzt ist es auch im kapitalistischen Westen wieder so modisch geworden, von der Krise zu sprechen, von den Rechten als Vorbereitung auf die Fortsetzung ihrer Politik mit anderen Mitteln gedacht, daß den sensibleren Kreisen, die schon Jahre zuvor das Gras der Krise hatten wachsen hören, das gleiche Wort fast im Mund stecken bleibt. Aber davon löst sich auch nicht die menschliche Globalkrise mit all ihren regionalen und nationalen Untergliederungen, die uns im vergangenen Jahr wieder einmal in Atem hielten: die allgemeine Wirtschaftsrezession, durch die sog. Energiekrise seit dem Yom-Kippur-Krieg eher beschleunigt als geschaffen, weitete sich, mit ihrer ganz lehrbuchwidrigen Kombination von Inflation, Stagnation und Arbeitslosigkeit, zu einer handfesten Weltwirtschaftskrise aus. Gegen Ende des Jahres erreichten die Preisanstiege auf dem (westlichen) Weltmarkt sogar das sozialistische Lager, wie die drastischen Einsparungen auf dem Gebiet des Zeitungswesens in den sonst nach außen scheinbar so preisstabilen Ländern Osteuropas, einschließlich der UdSSR, zum Jahresende nahelegen.

Die Welt am Rande des Krieges

Die Welt schlitterte gleich zweimal am Rande eines Dritten Weltkrieges dahin — im August über Zypern, im November über den Nahen Osten, wo das Auslaufen des Mandats für die UNO-Truppen auf syrischem Boden Ende November einige Tage lang den Auftakt zum fünften israelisch-arabischen Krieg zu bilden schien, der diesmal möglicherweise gleich in den Dritten Weltkrieg eskaliert hätte. Die Verlängerung des UNO-Mandats gab noch einmal Aufschub für den Nahen Osten und für die Menschheit. So wie der Fahrplan der Mandatsbeendigung für die UNO-Sicherungsgruppe läuft, wäre dann am 31. Mai der Weltuntergang, es sei denn, die USA machen ihre bisher nur verhüllten Drohungen von Kissinger und Ford schon vorher wahr und intervenieren im Nahen Osten militärisch zur gewaltsamen Sicherung ihrer Ölversorgung gegen die Preiserhöhungen der Araber.